

N i e d e r s c h r i f t
über die 28. - öffentliche - Sitzung
des Unterausschusses „Verbraucherschutz“
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
am 7. Mai 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Lachgas-Verbot für Kinder und Jugendliche in Niedersachsen“**
Beratung 5
Beschluss..... 5

2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Honigqualität in Niedersachsen“**
Beratung 6
Beschluss..... 6

3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Förderung von Repair Cafés“**
Beratung 7
Beschluss..... 8

4. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Mieterfinanzierte Umrüstung der Rauchmelder des Konzerns Vonovia“**
Beratung 9
Beschluss..... 9

5. **Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir: Alltagskompetenzen junger Menschen durch schulische Bildungsangebote stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5649](#)

Fortsetzung der Beratung und weiteres Verfahren 10

6. **Terminangelegenheiten**

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel..... 14

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Thore Güldner (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
3. Abg. Oliver Ebken (i. V. d. Abg. Stefan Klein) (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
4. Abg. Oliver Lottke (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
5. Abg. Karola Margraf (SPD)
6. Abg. Alexander Saade (i. V. d. Abg. Andrea Prell) (SPD)
7. Abg. Christoph Eilers (i. V. d. Abg. Veronika Bode) (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
8. Abg. Birgit Butter (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
9. Abg. Katharina Jensen (CDU)
10. Abg. Hartmut Moorkamp (i. V. d. Abg. Verena Kämmerling) (CDU)
11. Abg. Dirk Toepffer (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
12. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
13. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE), Teilnahme per Videokonferenztechnik
14. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 11:00 Uhr bis 11:34 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Unterausschuss** billigt die Niederschriften über die 26. und über die 27. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Lachgas-Verbot für Kinder und Jugendliche in Niedersachsen“

Seitens der CDU-Fraktion war mit Schreiben vom 8. April 2025 eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Lachgas-Verbot für Kinder und Jugendliche in Niedersachsen“ beantragt worden.

Beratung

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) erläutert den Antrag auf Unterrichtung im Sinne des Schreibens vom 8. April 2025. - Eine Aussprache hierzu ergibt sich nicht.

Beschluss

Der **Unterausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich für eine seiner nächsten Sitzungen um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Honigqualität in Niedersachsen“

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen war mit Schreiben vom 29. April 2025 eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Honigqualität in Niedersachsen“ beantragt worden.

Beratung

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) erläutert den Unterrichtungsantrag im Sinne des Schreibens vom 29. April 2025. - Eine Aussprache gibt sich nicht.

Beschluss

Der **Unterausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich für eine seiner nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung.

Tagesordnungspunkt 3:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Förderung von Repair Cafés“

Seitens der CDU-Fraktion war mit Schreiben vom 29. April 2025 eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Förderung von Repair Cafés“ beantragt worden.

Beratung

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) erläutert den Unterrichts Antrag im Sinne des Schreibens vom 29. April 2025. Sie hebt hervor, nach der Förderrichtlinie für Reparaturinitiativen seien Zuwendungsempfänger gemeinnützige Vereine und Körperschaften des privaten und öffentlichen Rechts mit Sitz und Geschäftstätigkeit in Niedersachsen, die eine Reparaturinitiative nicht als wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb betrieben. Nach den der CDU-Fraktion vorliegenden Informationen erfüllten zahlreiche Reparaturinitiativen diese Voraussetzungen jedoch nicht, da sie weder als Verein noch als Teil einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft organisiert seien, sodass sie die Förderung nicht in Anspruch nehmen könnten. Die CDU-Fraktion bitte hierzu um eine Unterrichtung durch die Landesregierung, damit gegebenenfalls Vorschläge erarbeitet werden könnten, wie die bestehende Förderlücke geschlossen werden könne.

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion ihm mitgeteilt habe, dass sie es begrüßen würde, wenn die Unterrichtung bereits in der heutigen Sitzung erfolgen könnte. Aus terminlichen Gründen sei dies dem Ministerium allerdings nicht möglich.

VetD'in **Dr. Politt** (ML) merkt an, dass die nächste Sitzung, in der der Unterausschuss eine mündliche Unterrichtung entgegennehmen könnte, für den 18. Juni 2025 vorgesehen sei. Von daher würde es sich möglicherweise empfehlen, dass die Landesregierung den Unterausschuss schriftlich unterrichte, damit dem Unterausschuss die gewünschten Informationen früher vorlägen.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) antwortet, der CDU-Fraktion liege sehr daran, möglichst schnell Klarheit bezüglich der in dem Unterrichts Antrag aufgeworfenen Fragen zu erhalten. Von daher sei sie mit einer schriftlichen Unterrichtung einverstanden.

Abg. **Jörn Domeier** (SPD) kommt darauf zu sprechen, dass das Landwirtschaftsministerium Info-Webinare zur Förderung von Repair Cafés durchgeführt habe, die, wie er sagt, eine durchaus beachtliche Resonanz erfahren hätten. Sicherlich sei es für den Unterausschuss interessant, im Rahmen der Unterrichtung auch über die wichtigsten Fragen, die im Rahmen dieser Informationsveranstaltungen thematisiert worden seien, und die Antworten hierauf informiert zu werden.

Abg. **Birgit Butter** (CDU) macht darauf aufmerksam, dass das Problem der Förderlücke auch auf Bundesebene bereits erkannt worden sei und dass dort auch schon eine entsprechende Anpassung der Förderrichtlinien diskutiert worden sei. Gegebenenfalls ergäben sich hier Hinweise darauf, welche Wege zur Schließung der Förderlücke vielleicht auch in Niedersachsen besritten werden könnten. Im Übrigen schließe sie sich der Anregung an, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

Abg. **Holger Kühnlitz** (AfD) erkundigt sich danach, ob zusätzliche Fragen im Zusammenhang mit der Förderung von Repair Cafés, etwa die Frage, warum Sozialpädagogen beschäftigt würden, schriftlich an die Landesregierung gerichtet werden sollten.

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) antwortet, der Unterausschuss habe in seiner heutigen Sitzung über den Unterrichts Antrag der CDU-Fraktion zu befinden. Sollten darüber hinaus weitere Fragen zur Förderung der Repair Cafés bestehen, bestehe die Möglichkeit, sich mit den dafür vorgesehenen parlamentarischen Instrumenten an die Landesregierung zu wenden.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) weist darauf hin, dass er an Online-Veranstaltungen des Landwirtschaftsministeriums zur Frage der Förderung von Repair Cafés teilgenommen habe, und spricht dem Ministerium sein Lob für diese, wie er sagt, sehr guten Informationsveranstaltungen, auf denen viele Fragen beantwortet worden seien, aus.

Sollte es bei der Förderung der Repair Cafés Probleme geben, müsse die Förderrichtlinie seines Erachtens, so der Abgeordnete, nachgebessert werden.

Beschluss

Der **Unterausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine schriftliche Unterrichtung.

Tagesordnungspunkt 4:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Mieterfinanzierte Umrüstung der Rauchmelder des Konzerns Vonovia“

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen war mit Schreiben vom 30. April 2025 eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Mieterfinanzierte Umrüstung der Rauchmelder des Konzerns Vonovia“ beantragt worden.

Beratung

Abg. **Jörn Domeier** (SPD) erläutert den Unterrichtungsantrag im Sinne des Schreibens vom 30. April 2025. - Eine Aussprache gibt sich nicht.

Beschluss

Der **Unterausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich für eine seiner nächsten Sitzungen um eine mündliche Unterrichtung.

Tagesordnungspunkt 5:

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir: Alltagskompetenzen junger Menschen durch schulische Bildungsangebote stärken!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5649](#)

direkt überwiesen am 30.10.2024

federführend: AfELuV,

vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAVerbrSch;

mitberatend: KultA

Der Unterausschuss hatte sich zuletzt in seiner 27. Sitzung am 19. März 2025 mit dem Antrag befasst und in jener Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegengenommen.

Fortsetzung der Beratung und weiteres Verfahren

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) hebt hervor, der Antrag der CDU-Fraktion greife Aspekte wie Gesundheit, Ernährung, Haushalt und Verschuldung auf. Insgesamt handele es sich hierbei um einen runden Antrag.

In seiner letzten Sitzung habe der Unterausschuss eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag entgegengenommen, die insbesondere die schulischen Angebote in den Fokus genommen habe. In der Unterrichtung sei deutlich geworden, dass die Schulen bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, wobei in Niedersachsen auch bei dem Thema der Stärkung der Alltagskompetenzen auf die Eigenverantwortung der Schulen gesetzt werde.

Als nächster Schritt sollte aus der Sicht der CDU-Fraktion eine Expertenanhörung zu dem Antrag durchgeführt werden, was sie hiermit auch beantrage.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) merkt an, etliche Punkte des Antrages beträfen den Schulbereich, und in einigen Punkten werde das Thema Hauswirtschaft angesprochen. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen erarbeiteten derzeit einen eigenen Antrag zum gesamten Thema der Hauswirtschaft, zu dem die Beratungen ihres Erachtens im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durchgeführt werden sollten. Dieser Antrag werde in einigen Bereichen große Schnittmengen mit dem Antrag der CDU-Fraktion, in anderen Bereichen, etwa was den Bildungsbereich betreffe, jedoch weniger Schnittmengen aufweisen.

Von daher spreche er sich dafür aus, die weitere Beratung des Antrages der CDU-Fraktion zurückzustellen und vor dem Hintergrund der bestehenden Schnittmengen zu prüfen, inwieweit eine gemeinsame Anhörung zu dem Antrag der CDU-Fraktion und zu dem in Erarbeitung befindlichen Antrag der Koalitionsfraktionen möglich sei.

Da der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bereits eine umfangreiche Anhörung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen und Kantinen stärken - DGE-Standards verbindlich umsetzen“

in der Drucksache 19/5661¹ durchgeführt habe, sollte vielleicht ohnehin überlegt werden, ob es wirklich einer weiteren Anhörung bedürfe. Sicherlich würden für eine Anhörung zu dem Antrag der CDU-Fraktion im Wesentlichen die gleichen Anzuhörenden benannt, die bereits zu dem Antrag in der Drucksache 19/5661 angehört worden seien.

Wenn die CDU-Fraktion eine weitere Anhörung für erforderlich halte, würden sich die Koalitionsfraktionen nicht dagegen sperren. Er wolle lediglich vermeiden, betont der Abgeordnete, dass wiederholt im Grunde die gleichen Einrichtungen angehört würden, ohne dass am Ende ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn stehe. Diese Frage müsse aber nicht in der heutigen Sitzung geklärt werden.

Abg. **Jörn Domeier** (SPD) merkt an, aus seiner Sicht sollte es sich eigentlich auch für die CDU-Fraktion empfehlen, dass die Beratung ihres Antrages zunächst einmal zurückgestellt werde, um zu klären, inwieweit Schnittstellen mit dem von den Koalitionsfraktionen angekündigten Antrag bestünden.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) entgegnet, der Antrag ihrer Fraktion stamme vom Oktober 2024, und seit etwa einer Woche sei klar, dass seine Beratung in der heutigen Sitzung des Unterausschusses fortgesetzt werden solle. Dass die Koalitionsfraktionen einen eigenen Antrag zum Thema Hauswirtschaft vorbereiteten, hätte ihres Erachtens durchaus auch bereits im Vorfeld zu der heutigen Sitzung kommuniziert werden können.

Wenn der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Antrag zeitnah vorgelegt werde, könne, sofern denn eine Anhörung auch zu diesem Antrag durchgeführt werden solle, diese mit der Anhörung zu dem Antrag der CDU-Fraktion zusammengefasst werden. Den Antrag, eine Anhörung zu dem Antrag der CDU-Fraktion durchzuführen, werde sie allerdings nicht zurückziehen.

Abg. **Jörn Domeier** (SPD) betont, die Mitglieder der Koalitionsfraktionen im Unterausschuss verschlossen sich ungern dem Wunsch nach einer Anhörung. Allerdings gäben sie zu bedenken, dass, wie der Vertreter der Fraktion der Grünen bereits ausgeführt habe, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vor nicht allzu langer Zeit eine Anhörung zu dem in Rede stehenden Themenkomplex durchgeführt worden sei. Von daher hielten sie es für richtig, vor einer Entscheidung über eine Anhörung zu dem Antrag der CDU-Fraktion zunächst den von den Koalitionsfraktionen angekündigten Antrag zum Thema Hauswirtschaft abzuwarten.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) bittet darum, die Entscheidung über eine Anhörung zurückzustellen.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) entgegnet, mit dem Antrag „Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen und Kantinen stärken - DGE-Standards verbindlich umsetzen“ in der Drucksache 19/5661 sei eine etwas andere Zielrichtung verfolgt worden, als dies bei dem jetzt in Rede stehenden Antrag der CDU-Fraktion der Fall sei.

¹ 53. Sitzung am 19. Februar 2025

Die nächste Sitzung des Unterausschusses werde am 18. Juni dieses Jahres stattfinden, und ihres Erachtens spreche nichts dagegen, in der heutigen Sitzung des Unterausschusses zu beschließen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Anhörung durchzuführen. Sofern der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Antrag zeitnah vorgelegt werde, könnte auch dieser Antrag dann zum Gegenstand dieser Anhörung gemacht werden.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) erwiderte, aus seiner Sicht könne der Unterausschuss schlecht eine Anhörung zu einem Antrag beschließen, der noch nicht eingereicht worden sei. Von daher schlage er vor, dass, nachdem der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Antrag zum Thema Hauswirtschaft eingebracht worden sei, eine Anhörung zu diesem Antrag beantragt werde und dann die Anhörungen zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen und zu dem heute zur Diskussion stehenden Antrag der CDU-Fraktion zusammengefasst würden.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) zeigt sich, wie gesagt, verwundert über die Verfahrensdiskussion, da es bislang üblich gewesen sei, Anträgen auf Durchführung einer Anhörung zu entsprechen.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) betont, die Koalitionsfraktionen würden garantiert nicht die Durchführung einer Anhörung verwehren. Auch er habe allerdings Zweifel, ob bereits eine Anhörung zu einem Antrag beschlossen werden könne, der noch nicht eingereicht worden sei. Es gehe lediglich um eine reine Verfahrensfrage, nicht aber darum, ob eine Anhörung durchgeführt werden soll oder nicht.

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) merkt an, selbstverständlich könne keine Anhörung zu einem Antrag beschlossen werden, der noch nicht eingereicht worden sei. Sofern die CDU-Fraktion ihren Antrag aufrechterhalte, zu dem Antrag in der Drucksache 19/5649 eine Anhörung durchzuführen, müsste über diesen Antrag abgestimmt werden, und danach würde dann, sofern beantragt würde, die weitere Beratung des Antrages der CDU-Fraktion zurückzustellen, hierüber abgestimmt.

Abg. **Hartmut Moorkamp** (CDU) antwortet, in der Tat habe sich die Situation durch die Ankündigung der Koalitionsfraktionen, einen Antrag zum Thema Hauswirtschaft einzubringen, ein wenig geändert. Gleichwohl sei es das Recht der CDU-Fraktion, einen Antrag auf Durchführung einer Anhörung zu stellen.

Der Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 19/5649 befinde sich seit etwa sieben Monate in der Beratung, und der Unterausschuss habe auch bereits eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegengenommen. Nun sei von den Koalitionsfraktionen ein eigener Antrag zum Thema Hauswirtschaft angekündigt worden. Nicht bekannt sei, wann dieser Antrag vorgelegt worden sei, welche Zielrichtung mit ihm verfolgt werde und ob er im Unterausschuss „Verbraucherschutz“ oder im Hauptausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beraten werden solle. Von daher sehe er kein Problem darin, der Bitte der CDU-Fraktion, eine Anhörung durchzuführen, zu entsprechen. Sobald dann der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Antrag vorliege, könne geprüft werden, ob und inwieweit die Beratungen gebündelt werden könnten oder gebündelt werden sollten.

Nachdem sich keine weitere Aussprache ergibt, lässt Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) über den Verfahrens Antrag der CDU-Fraktion, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag in der Drucksache 19/5649 abstimmen.

Der **Unterausschuss** lehnt diesen Verfahrensantrag ab.

Für ihn sprechen sich die Mitglieder der CDU-Fraktion und das Mitglied der Fraktion der AfD aus, dagegen stimmen die Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen.

Mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und des Mitgliedes der Fraktion der AfD beschließt der Unterausschuss, die weitere Behandlung des Antrages der CDU-Fraktion in der Drucksache 19/5649 zurückzustellen.

Tagesordnungspunkt 6:

Terminangelegenheiten

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) merkt an, nachdem der Unterausschuss übereingekommen sei, von der ursprünglich für den Oktober 2025 beschlossenen Parlamentarischen Informationsreise nach Rom und Südtirol Abstand zu nehmen, sei fraktionsübergreifend eine Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel in Aussicht genommen worden, um mit den verschiedensten Akteurinnen und Akteuren auf europäischer Ebene verbraucherschutzpolitische Themen zu erörtern.

Als Zeitraum für die Informationsreise habe sich in den fraktionsübergreifenden Gesprächen die Zeit vom 3. November bis 5. November 2025 herauskristallisiert.

Aus seiner Sicht, so der Vorsitzende, sollte dieser Termin in der heutigen Sitzung durch einen entsprechenden Beschluss des Unterausschusses fixiert werden.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) weist darauf hin, dass auch über die Möglichkeit gesprochen worden sei, dass sich der Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Parlamentarischen Informationsreise des Unterausschusses anschließe.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) antwortet, er habe überhaupt keine Einwände dagegen, dass sich die Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Parlamentarischen Informationsreise anschließen. Da die beiden Mitglieder der Fraktion der Grünen im Unterausschuss ihre Fraktion auch im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vertreten und damit eine 100-prozentige „Personalüberschneidung“ bestehe, bitte er darum, sich bei der vorgesehenen Parlamentarischen Informationsreise nach Brüssel auf Verbraucherschutzthemen zu konzentrieren. Schlecht wäre es, wenn bei der Parlamentarischen Informationsreise Programmteile zum Verbraucherschutz auf der einen Seite und Programmteile zur Agrarpolitik auf der anderen Seite parallel liefen.

Abg. **Jörn Domeier** (SPD) meint, auch er habe nichts gegen eine gemeinsame Reise des Unterausschusses und des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einzuwenden. Allerdings sollte auch aus seiner Sicht der Schwerpunkt auf verbraucherschutzpolitische Fragen gelegt werden.

Da sich der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, so Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD), auch mit verbraucherschutzpolitischen Fragen befasse, spreche auch aus seiner Sicht fachlich nichts gegen eine gemeinsame Reise.

Der **Unterausschuss** verständigt sich als Zeitraum für eine Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel auf die Zeit vom 3. bis 5. November 2025.

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) bittet darum, die in den Fraktionen bzw. Arbeitskreisen erforderlichen Abstimmungen bis zum Plenarsitzungsabschnitt im Mai herbeizuführen.

Außerdem bittet er darum, die Anregung, die parlamentarische Informationsreise nach Brüssel gegebenenfalls gemeinsam mit dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durchzuführen, an diesen weiterzuleiten.
